



23.041

**Voranschlag der Eidgenossenschaft 2024  
mit integriertem Aufgaben- und  
Finanzplan 2025–2027****Budget de la Confédération 2024  
assorti du plan intégré  
des tâches et des finances 2025–2027***Fortsetzung – Suite*

## CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

*Block 3 (Fortsetzung) – Bloc 3 (suite)*

**Keller-Sutter Karin**, Bundesrätin: Ich spreche zu Block 3, "Sicherheit und Verkehr".

Beim Bundesamt für Polizei geht es um eine Krediterhöhung von 2,5 Millionen Franken; das ist der Antrag der Minderheit Wyss. Der Bundesrat ist mit der Aufstockung einverstanden. Es geht hier darum, dass jüdische Einrichtungen baulich instand gesetzt werden können und dass die Sicherheit dort erhöht wird. Ich habe bereits bei der allgemeinen Aussprache darauf hingewiesen: Erinnern Sie sich an das Attentat von Halle. Beispielsweise hielt die Türe der Synagoge stand. So wurden viele Menschenleben gerettet. Um diese Erhöhung der Sicherheit geht es hier auch. Es gibt mehr Kreditanträge und Bedürfnisse, als wir im Moment finanzieren können. Hier geht es um einen geringen Betrag. Gemäss dem Budget des Bundesrates hätte dieser Betrag in der Schuldenbremse Platz. Wir schauen, wie es dann am Schluss herauskommt. Wir machen den Kassensturz dann nach der Beratung aller Blöcke.

Bei den Armeeausgaben bitte ich Sie, durchgehend beim Bundesrat zu bleiben. Hier gibt es eine Minderheit I (Tuena). Dann gibt es bei der Position "Rüstungsaufwand und -investitionen" noch eine Minderheit I (Andrey) und eine Minderheit II (Wyss). Ich bitte Sie hier, beide Minderheitsanträge abzulehnen. Der Bundesrat hat bei der Bereinigung des Voranschlags 2024 das Wachstum der Armeeausgaben bereits reduziert, und die Mittel für die Armee wurden gegenüber dem ursprünglichen Finanzplan 2024 um knapp 290 Millionen Franken gesenkt.

Bei der Minderheit I (Tuena) bitte ich Sie, dem Bundesrat zu folgen und in den Finanzplanjahren 2025 bis 2027 keine Aufstockungen vorzunehmen. Mit Blick auf die Lage des Bundeshaushaltes hat der Bundesrat im Januar 2023 entschieden, die Ausgaben der Armee bis ins Jahr 2035 anstatt bis 2030 auf 1 Prozent des BIP ansteigen zu lassen. Ich möchte daran erinnern, dass der Bundesrat bereits bei der Beratung der Motionen der SiK-N und der SiK-S in seiner Stellungnahme festgehalten hat, dass er selbstverständlich dafür ist, die Verteidigungsfähigkeit der Armee zu verbessern, und dass die Ausgaben hier steigen sollen. Gemäss Bundesrat soll dies aber im Lichte der Gesamtausgaben des Bundeshaushaltes beurteilt werden – deshalb hier der Entscheid des Bundesrates zur Erhöhung auf 1 Prozent des BIP bis 2035.





Die Zahlen zum Legislaturfinanzplan zeigen für die Jahre 2025 bis 2027 weiterhin Defizite in Milliardenhöhe. Allein für das Jahr 2025 fehlen über 2 Milliarden Franken, für das Jahr 2027 sind es bereits 3 Milliarden. Eine Zustimmung zum vorliegenden Antrag der Minderheit Tuena würde den bereits grossen finanziellen Reinigungsbedarf und damit auch den Spardruck auf die anderen Ausgaben des Bundes, auf bestehende Budgetpositionen, in den nächsten Jahren weiter erhöhen.

Dann kommen wir zum Verkehr, und zwar zum einmaligen Kapitalzuschuss an die SBB. Hier möchte ich in Erinnerung rufen, dass wir mit diesem Kapitalzuschuss einen Auftrag des Parlamentes erfüllen. Es handelt sich um die Motion 22.3008. Die Verluste aus der Covid-19-Zeit sind insbesondere auf den Fernverkehr zurückzuführen. Ausgehend davon bemisst sich der Kapitalzuschuss an den Verlusten aus dem Fernverkehr in den Jahren 2020 bis 2022. Das ist also sozusagen eine Altlast aus der Pandemiezeit. Wir empfehlen Ihnen aber, den Entscheid über die Höhe des Kapitalzuschusses im Rahmen der Änderung des SBB-Gesetzes zu fällen. Sie beraten das morgen. Es ist so, dass dieser Betrag jetzt zwar eingestellt ist. Dennoch kann ein solcher Betrag – ob voll oder zur Hälfte oder zu einem Viertel – selbstverständlich nur ausgerichtet werden, wenn Sie Artikel 20 des SBB-Gesetzes zustimmen. Das werden Sie morgen entscheiden können.

Zur Einlage in den Bahninfrastrukturfonds (BIF): Hier bitten wir Sie, beim Bundesrat zu bleiben. Wir haben für 2024 bereits eine Kürzung der BIF-Einlage von 36 Millionen Franken vorgesehen. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass in den Finanzplanjahren 2025 bis 2027 eine Kürzung der Einlagen um 450 Millionen geplant ist. Man sollte hier das Pulver nicht zu früh verschliessen. Vielleicht sind wir froh, wenn wir diese Einlagen in den Jahren 2025 bis 2027 noch kürzen können.

Dann bitte ich Sie, beim regionalen Personenverkehr der Mehrheit zu folgen. Hier geht es um eine Aufstockung im regionalen Personenverkehr um 55 Millionen Franken. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Mittel für den regionalen Personenverkehr 2022 und 2023 mit Nachträgen um 27 bzw. 87 Millionen Franken erhöht wurden, im Jahr 2022 vor allem aufgrund der Corona-bedingten Ertragsausfälle und 2023 insbesondere wegen der hohen Teuerung. Das waren Ausnahmejahre; die ergänzten Budgetbeträge sollten nicht als neue Normalität betrachtet werden. Wir haben in den Corona-Jahren einiges ausgeglichen. Aber auch die Kantone müssen sich daran gewöhnen, dass die Kasse des Bundes gewisse Grenzen hat und dass man hier nicht einfach weitere Mittel entnehmen kann. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir hier im Vergleich zu den budgetierten Mitteln 2023 eine Kürzung von 0,4 Prozent haben. Danach wachsen die Ausgaben wieder um 2 Prozent.

AB 2023 N 2277 / BO 2023 N 2277

**Wyss Sarah** (S, BS): Frau Bundesrätin, das VBS hat neu ein Staatssekretariat und ein neues Bundesamt eingeführt. Beim Bundesamt für Cybersicherheit hiess es damals, dass die Umsetzung kostenneutral sei. Sie ist aber nicht kostenneutral. Nun meine Frage: Das Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (SEPOS) ist noch nicht budgetiert, wie sieht es hier von der Kostenneutralität her aus? Stimmt es, dass wir heute oder morgen über ein Budget abstimmen, in welchem das SEPOS nicht enthalten ist?

**Keller-Sutter Karin**, Bundesrätin: Das ist richtig. Die Kosten für das SEPOS sind noch nicht im Budget enthalten, und es ist so: Der Bundesrat hat dem SEPOS unter der Prämisse zugestimmt, dass es kostenneutral aufgebaut wird.

**Tuosto Brenda** (S, VD): Madame la conseillère fédérale, vu la faible réduction du budget alloué au trafic régional des voyageurs, que proposez-vous pour éviter la détérioration de la qualité de l'offre et rattraper le retard d'investissement dans certaines régions de Suisse, notamment pour soutenir les communes et les cantons?

**Keller-Sutter Karin**, conseillère fédérale: Madame la conseillère nationale, c'est un plaisir de faire votre connaissance, soyez la bienvenue, j'espère qu'on va bien travailler ensemble.

Pour vous répondre, le Conseil fédéral ne pense pas qu'il y aura, suite à une coupe de 0,4 pour cent par rapport au budget 2023, une détérioration du trafic régional. Il faut aussi voir que – je viens de le dire et de l'expliquer –, par rapport au budget 2023, il s'agit d'une coupe de 0,4 pour cent. On a eu des suppléments lors des budgets 2022 et 2023 d'une envergure de 97 et respectivement 87 millions de francs. Il s'agissait alors de combler les lacunes enregistrées par le trafic régional. Il y avait vraiment des problèmes à cet endroit. Il y avait aussi des problèmes de fréquences. On a alors donné presque 100 millions de francs en 2022, et puis encore en 2023, avec le supplément 1,87 millions de plus aussi. Alors, il faut aussi sortir un peu de ce schéma. La Confédération ne peut pas payer éternellement les lacunes dues au COVID-19.

Il faut dire aussi que les fréquences ont beaucoup augmenté. On l'a vu avec les CFF, qui accusent de nouveau



des bénéfiques. On s'attend à cet endroit aussi à des résultats beaucoup plus positifs, parce qu'il y a une grande demande du trafic régional.

**Tuena Mauro** (V, ZH): Frau Bundesrätin, Sie haben vorhin in Ihrem Votum erklärt, dass es bezüglich der Finanzen für die nächsten Jahre eher düster aussehe. Wie und in welchem Umfang ist der Bundesrat bereit, auf seinen Entscheid, die Erhöhung des Militärbudgets von 2030 bis 2035 zu erstrecken, zurückzukommen, sollte sich die Finanzlage, so wie Sie das erklärt haben, ändern?

**Keller-Sutter Karin**, Bundesrätin: Herr Nationalrat Tuena, die Budgethoheit liegt bei Ihnen. Sie entscheiden. Wir haben einen Entscheid vorbereitet, und wir haben auch gesagt, wie die Finanzlage aussieht. Wenn ich nun die Problematik beim Wachstum der sozialen Wohlfahrt oder der AHV sehe, dann geschieht das demografiebedingt. Allein im Budget 2024 sind über 700 Millionen Franken an Prämienverbilligungen enthalten. Demografiebedingt wird das so weitergehen. Wenn wir nun schauen, was wir eingestellt haben, ist das doch ein Wachstum von 5 Prozent. Wir verdoppeln also selbst mit diesem etwas verkürzten Wachstum praktisch die Armeeausgaben bis 2035 von 5,5 Milliarden Franken auf 10,5 Milliarden Franken. Aber Sie sind hier Souverän, Sie haben die Budgethoheit, Sie können das bestimmen. Wenn die Finanzpläne entsprechend geändert werden müssen, muss einfach andernorts kompensiert oder gespart werden.

**Roth David** (S, LU): Frau Bundesrätin, ich habe eine Frage zum regionalen Personenverkehr. In meiner Heimatstadt mussten Buslinien eingestellt werden, weil es zu wenig Personal hat. Was ist Ihr Eindruck: Welche Auswirkungen werden weniger Ausgaben beim regionalen Personenverkehr auf den Personalbestand haben? Welche Botschaft haben Sie für die Arbeitgeber in dieser Branche bezüglich der Lohnverhandlungen, die jetzt vor dem Hintergrund der Inflation stattfinden?

**Keller-Sutter Karin**, Bundesrätin: Herr Nationalrat Roth, ich heisse Sie auch herzlich willkommen. Ich bin nicht die Vorsteherin des UVEK und kann nicht über die Verkehrspolitik sprechen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir, wie vorhin erwähnt, bereits bei den Nachträgen 2022 und 2023 massgebliche Beträge ausgeglichen haben: 97 Millionen Franken im Jahr 2022 und 87 Millionen im Jahr 2023. Das, was wir jetzt budgetiert haben, ist, das stimmt, reduziert: Es sind 0,4 Prozent weniger, die für den regionalen Personenverkehr budgetiert sind, aber nachher wachsen die Ausgaben wiederum um 2 Prozent. Das wäre höher als die aktuelle Inflation, welche im Moment auf etwa 1,67 Prozent geschätzt wird. Ich kann Ihnen sagen, dass das UVEK – und nicht das EFD – mit Genehmigung des Nachtrags Ib, also mit diesen 87 Millionen, den Auftrag bekommen hat, gemeinsam mit den Kantonen und den Transportbetrieben zu besprechen, welche Massnahmen angewendet werden können. Ich weiss nicht, ob diese auch das Personal betreffen, ich gehe jetzt einmal davon aus. Hierfür sind diese Betriebe zuständig.

Sie haben die Anstrengungen des Bundesrates beim Budget des Bundes gesehen, wo wir 1 Prozent – Sie sehen die Finanzlage – ausrichten wollen. Wir wollen insbesondere bei den tieferen Löhnen eine Einmalzulage ausrichten, was wiederum einer Entschädigung oder einer Teuerungszulage zwischen 1,6 und 1,8 Prozent entspricht. Das heisst also, man muss in einer solchen Situation auch etwas kreative Lösungen finden. Aber ich kenne die Regelungen bei diesen Betrieben, ehrlich gesagt, nicht.

**Giacometti Anna** (RL, GR), für die Kommission: Zu Beginn teile ich Ihnen mit, dass nach den Abstimmungen vom letzten Donnerstag im Nationalrat zu Block 2 der strukturelle Saldo noch 10,2 Millionen Franken beträgt. Der strukturelle Saldo entspricht dem Handlungsspielraum gemäss Schuldenbremse.

Wir sind nun bei Block 3, "Sicherheit und Verkehr". Beim Bundesamt für Polizei beantragt die Minderheit Wyss eine temporäre Erhöhung der Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen in Höhe von 2,5 Millionen Franken zum Schutz der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz. Ihre Kommission hat den entsprechenden Antrag mit 13 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Beim VBS beantragt die Minderheit Tuena eine Erhöhung der Armeeausgaben im Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027. Der Antrag der Minderheit Tuena würde gegenüber dem Entwurf des Bundesrates folgende Aufstockungen bedeuten: im Jahr 2025 plus 243 Millionen, im Jahr 2026 plus 539 Millionen und im Jahr 2027 plus 736 Millionen Franken. Entsprechend würden die Armeeausgaben im Jahr 2030 9,3 Milliarden Franken betragen und mit 8,7 Prozent pro Jahr wachsen. Diese Steigerung musste der Bundesrat reduzieren, damit er dem Parlament ein schuldenbremsenkonformes Budget unterbreiten konnte. Der Bundeshaushalt ist ab 2025 stark defizitär. Der entsprechende Antrag Tuena wurde in der Finanzkommission mit 18 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Im Bereich Verteidigung hat es im Voranschlag 2024 beim Rüstungsaufwand und bei den Rüstungsinvesti-



tionen drei Minderheiten: Die Minderheit I (Andrey) beantragt bei den IT-Projekten eine Reduktion um 80 Millionen Franken; dieser Antrag wurde in der Finanzkommission mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit II (Wyss) beantragt beim Rüstungsaufwand und bei den Rüstungsinvestitionen eine Reduktion um 100 Millionen Franken; dieser Antrag wurde in der Kommission mit 14 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Minderheit III (Trede) will diese Ausgaben um 300 Millionen Franken kürzen; die Finanzkommission hat diesen Antrag mit 14 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung beantragt die Minderheit Strupler eine Halbierung des einmaligen Kapitalzuschusses an die SBB auf 576,197 Millionen Franken. In

**AB 2023 N 2278 / BO 2023 N 2278**

der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen liegt eine Änderung des SBB-Gesetzes auf dem Tisch. Es geht darum, die SBB auf eine stabilere Finanzierungsbasis zu stellen. Die SBB haben zurzeit mehr als 11 Milliarden Franken Schulden. Die Änderung des SBB-Gesetzes sieht vor, dass die vorgesehenen 1,2 Milliarden Franken einer Reduktion der durch Corona-bedingte Ausfälle entstandenen Schulden der SBB dienen. Der Betrag muss im Budget eingestellt werden, damit er im Jahr 2024 auszahlbar wird. Der Kredit bleibt gesperrt, bis die gesetzliche Grundlage in Kraft gesetzt ist. Die Finanzkommission hat den Antrag Strupler mit 17 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Beim Bundesamt für Verkehr beantragt die Minderheit Nicolet, vertreten von Herrn Nationalrat Götte, eine Kürzung um 4,629 Millionen Franken. Dieser Kürzungsantrag betrifft zehn Stellen. Die beantragte Kürzung hätte Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung in den Bereichen Eisenbahninfrastruktur, Regionalverkehr und Sicherheitsaufsicht im öffentlichen Verkehr. Sie wurde von Ihrer Kommission mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt. Beim Bundesamt für Verkehr liegt uns ein letzter Antrag vor, der Antrag der Minderheit Wyss; es geht dabei um eine Erhöhung beim regionalen Personenverkehr um 55 Millionen Franken. Für den Regionalverkehr wurden Ausgaben von insgesamt 1,08 Milliarden Franken budgetiert. Gegenüber dem Voranschlag 2023 beträgt die Kürzung um 5 Millionen Franken, welche vom Bundesrat vorgesehen wurde, lediglich 0,4 Prozent. Während der zwei Pandemiejahre hat der Bund zusätzliche Mittel eingebracht. In den Nachträgen 2022 und 2023 sind 97 respektive 87 Millionen Franken zusätzlich in den Regionalverkehr geflossen. Die Nachfrage im Regionalverkehr läuft jetzt wieder sehr gut, und es gibt keinen Grund zur Annahme, dass die Personenströme abnehmen. Der Antrag, der Ihnen jetzt als Minderheitsantrag Wyss vorliegt, wurde mit 13 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ich bitte Sie, immer der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

**Portmann** Hans-Peter (RL, ZH): Geschätzte Kommissionssprecherin, können Sie bestätigen, dass heute mit dem eingestellten, budgetierten Armeebetrag, kombiniert mit dem Minderheitsantrag Tuena, die Vorgaben der Schuldenbremse nicht verletzt werden und dieses Haus in einem Jahr bei einer Verschlechterung der Lage nochmals Massnahmen treffen könnte? Können Sie dies bestätigen?

**Giacometti** Anna (RL, GR), für die Kommission: Ja, die Minderheit Tuena hat beim Voranschlag keinen Einfluss auf die Schuldenbremse, sie hat aber einen Einfluss auf den Finanzplan.

**1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten****1. Budget des unités administratives****Justiz- und Polizeidepartement  
Département de justice et police**

403 Bundesamt für Polizei  
403 Office fédéral de la police

*Antrag der Mehrheit*

A231.0151 Übrige Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüt-



tel, Trede, Wettstein)

A231.0151 Übrige Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la majorité*

A231.0151 Autres indemnités aux cantons et à des organisations nationales

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schützel, Trede, Wettstein)

A231.0151 Autres indemnités aux cantons et à des organisations nationales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**

**Département de la défense, de la protection de la population et des sports**

*525 Verteidigung*

*525 Défense*

*Antrag der Mehrheit*

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit I*

(Andrey, Amoos, Badertscher, Bäumle, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Hässig Patrick, Nordmann, Trede, Wettstein, Wyss)

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen

Fr. 1 920 000 000

*Antrag der Minderheit II*

(Wyss, Amoos, Andrey, Badertscher, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Nordmann, Trede, Wettstein)

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen

Fr. 1 900 000 000

*Antrag der Minderheit III*

(Trede, Amoos, Andrey, Badertscher, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Nordmann, Wettstein, Wyss)

A202.0101 Rüstungsaufwand und -investitionen

Fr. 1 700 000 000

*Proposition de la majorité*

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité I*

(Andrey, Amoos, Badertscher, Bäumle, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Hässig Patrick, Nordmann, Trede, Wettstein, Wyss)

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Fr. 1 920 000 000

*Proposition de la minorité II*

(Wyss, Amoos, Andrey, Badertscher, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Nordmann, Trede, Wettstein)

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Fr. 1 900 000 000



*Proposition de la minorité III*

(Trede, Amos, Andrey, Badertscher, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Nordmann, Wettstein, Wyss)

A202.0101 Charges et investissements en matière d'armement

Fr. 1 700 000 000

AB 2023 N 2279 / BO 2023 N 2279

**Finanzdepartement – Département des finances**

*601 Eidgenössische Finanzverwaltung*

*601 Administration fédérale des finances*

*Antrag der Mehrheit*

A290.0146 Einmaliger Kapitalzuschuss SBB

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Strupler, Götte, Schwander, Sollberger)

A290.0146 Einmaliger Kapitalzuschuss SBB

Fr. 576 197 500

*Proposition de la majorité*

A290.0146 Apport unique en capital aux CFF

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Strupler, Götte, Schwander, Sollberger)

A290.0146 Apport unique en capital aux CFF

Fr. 576 197 500

**Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**

**Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication**

*802 Bundesamt für Verkehr*

*802 Office fédéral des transports*

*Antrag der Mehrheit*

A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

A231.0290 Regionaler Personenverkehr

V0294.01/E130.001/A231.0290 Regionaler Personenverkehr 2022–2025

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Nicolet, Bourgeois, Götte, Guggisberg, Ritter, Siegenthaler, Sollberger, Strupler, Tuena)

A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds

Fr. 5 895 620 200

*Antrag der Minderheit*

(Wyss, Badertscher, Fehlmann Rielle, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Trede, Wettstein)

A231.0290 Regionaler Personenverkehr

V0294.01/E130.001/A231.0290 Regionaler Personenverkehr 2022–2025

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



*Proposition de la majorité*

A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats  
A231.0290 Transport régional des voyageurs  
V0294.01/E130.001/A231.0290 Transport régional des voyageurs 2022–2025  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Nicolet, Bourgeois, Götte, Guggisberg, Ritter, Siegenthaler, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire  
Fr. 5 895 620 200

*Proposition de la minorité*

(Wyss, Badertscher, Fehlmann Rielle, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Trede, Wettstein)  
A231.0290 Transport régional des voyageurs  
V0294.01/E130.001/A231.0290 Transport régional des voyageurs 2022–2025  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Pos. 403.A231.0151*

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 des Bundesbeschlusses Ib und für Artikel 2 des Bundesbeschlusses II.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27765)  
Für den Antrag der Minderheit ... 132 Stimmen  
Für den Antrag der Mehrheit ... 60 Stimmen  
(1 Enthaltung)

*Pos. 525.A202.0101*

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27766)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit I ... 72 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27767)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit II ... 72 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Dritte Abstimmung – Troisième vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27771)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit III ... 63 Stimmen  
(1 Enthaltung)

*Pos. 601.A290.0146*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27772)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen  
(1 Enthaltung)



Pos. 802.A236.0110

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 des Bundesbeschlusses Ib.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27773)

Für den Antrag der Mehrheit ... 131 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 63 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Pos. 802.A231.0290

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für die Verpflichtungskredite und Artikel 4 des Bundesbeschlusses Ia sowie für Artikel 2 des Bundesbeschlusses II.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27774)

Für den Antrag der Minderheit ... 98 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 95 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2023 N 2280 / BO 2023 N 2280

### 3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2024

### 3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2024

#### Justiz- und Polizeidepartement

#### Département de justice et police

403 Bundesamt für Polizei

403 Office fédéral de la police

#### Antrag der Mehrheit

A231.0151 Übrige Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen

Streichen

#### Antrag der Minderheit

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein)

A231.0151 Übrige Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Proposition de la majorité

A231.0151 Autres indemnités aux cantons et à des organisations nationales

Biffer

#### Proposition de la minorité

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein)

A231.0151 Autres indemnités aux cantons et à des organisations nationales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Wyss haben wir bereits beim Vor-



ansschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit  
Adopté selon la proposition de la minorité*

**Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation  
Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication**

802 Bundesamt für Verkehr  
802 Office fédéral des transports

*Antrag der Mehrheit*  
A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*  
(Nicolet, Bourgeois, Götte, Guggisberg, Ritter, Siegenthaler, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds  
Die Kürzung dieses Kredits um 50 000 000 Franken ist durch eine Senkung des Anteils Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) zu vollziehen.

*Proposition de la majorité*  
A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*  
(Nicolet, Bourgeois, Götte, Guggisberg, Ritter, Siegenthaler, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire  
La réduction de ce crédit de 50 000 000 de francs est réalisée en diminuant la part du produit net de la Redevance poids lourds liée aux prestations (RPLP).

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Nicolet haben wir bereits beim Voranschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit  
Adopté selon la proposition de la majorité*

**4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2025–2027  
4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2025–2027**

**Art. 2 Bst. h**

*Antrag der Mehrheit*  
h. Bundesamt für Polizei  
A231.0151 Übrige Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*  
(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein)  
h. Bundesamt für Polizei  
A231.0151 Übrige Abgeltungen an Kantone und nationale Organisationen  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates



**Art. 2 let. h**

*Proposition de la majorité*

h. Office fédéral de la police

A231.0151 Autres indemnités aux cantons et à des organisations nationales

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Wyss, Andrey, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schützel, Trede, Wettstein)

h. Office fédéral de la police

A231.0151 Autres indemnités aux cantons et à des organisations nationales

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Wyss haben wir bereits beim Vorschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

*Adopté selon la proposition de la minorité*

**Art. 2 Bst. i**

*Antrag der Mehrheit*

i. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Armeeausgaben

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Tuena, Götte, Guggisberg, Nicolet, Sollberger, Strupler)

i. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Armeeausgaben

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 2 let. i**

*Proposition de la majorité*

i. Département de la défense, de la protection de la population et des sports

Dépenses militaires

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2023 N 2281 / BO 2023 N 2281

*Proposition de la minorité*

(Tuena, Götte, Guggisberg, Nicolet, Sollberger, Strupler)

i. Département de la défense, de la protection de la population et des sports

Dépenses militaires

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27776)

Für den Antrag der Mehrheit ... 105 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 88 Stimmen

(1 Enthaltung)

**Art. 2 Bst. x**

*Antrag der Mehrheit*

x. Bundesamt für Verkehr

A231.0290 Regionaler Personenverkehr

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



*Antrag der Minderheit*

(Wyss, Badertscher, Fehlmann Rielle, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Trede, Wettstein)

x. Bundesamt für Verkehr

A231.0290 Regionaler Personenverkehr

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 2 let. x**

*Proposition de la majorité*

x. Office fédéral des transports

A231.0290 Transport régional des voyageurs

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Wyss, Badertscher, Fehlmann Rielle, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Trede, Wettstein)

x. Office fédéral des transports

A231.0290 Transport régional des voyageurs

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Präsident** (Nussbaumer Eric, Präsident): Über den Antrag der Minderheit Wyss haben wir bereits beim Vorschlag der Verwaltungseinheiten abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit*

*Adopté selon la proposition de la minorité*

**Block 4 – Bloc 4**

*Beziehungen zum Ausland und Migration*

*Relations avec l'étranger et migration*

**Friedl** Claudia (S, SG): Mit meiner Minderheit schlage ich Ihnen vor, die Position "Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)" um 47,5 Millionen Franken zu erhöhen. Das ist der Betrag, der fehlt, damit wir auf die im Finanzplan 2023 vorgesehene Zahl kommen.

Sehen wir uns die Lage der Welt an, kann klar festgestellt werden, dass die Kürzungen in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit im falschen Moment erfolgen. Die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 werden in vielen Bereichen verfehlt. Die Zahl der hungernden Menschen nimmt weiter zu, ebenso die der Vertriebenen, was wir auch in der Schweiz spüren. Die Ursachen für die Migration sind vielfältig, seien es politische oder militärische Unruhen, klimatische Veränderungen oder Perspektivlosigkeit. Um langfristige Verbesserungen zu erzielen, sind langfristige Entwicklungszusammenarbeitsprojekte notwendig. Das heisst, es braucht Kontinuität. Jetzt soll aber genau dieses Budget gekürzt werden.

Zusätzlich zu den vom Bundesrat vorgenommenen Kürzungen kommt der Bereich der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit unter Druck, weil das EDA in den nächsten Jahren die Ukraine stark unterstützen wird. Das ist notwendig, keine Frage; das wird aber ebenfalls das EZA-Konto belasten, das jetzt gekürzt werden soll. Für das Jahr 2024 sind 150 Millionen Franken für die Ukraine vorgesehen. Bis vor dem Krieg lag die Unterstützung bei 20 Millionen Franken. Es fehlt also noch mehr Geld für die Projekte in den anderen Schwerpunktländern des EDA, insbesondere in Subsahara-Afrika und der Mena-Region.

Die Querschnittkürzung von 2 Prozent, die über alle Departemente hinweg beschlossen wurde, trifft alle hart, das ist klar. Die hier vollzogene Kürzung beträgt aber minus 5,7 Prozent. Damit ist sie deutlich höher ausgefallen als in anderen Bereichen.

Ich möchte noch etwas zur APD-Quote, der öffentlichen Entwicklungshilfe gemessen am Bruttonationaleinkommen eines Landes, sagen. Wenn wir mit diesen Kürzungen weitermachen wie jetzt, dann kommen wir auf eine APD-Quote von 0,44 Prozent inklusive der Asylkosten im Inland und auf 0,37 Prozent ohne die Asylkosten. Das ist wirklich tief. Man erwartet von einem reichen Industrieland, dass bis 2030 Mittel in der Höhe von 0,7 Prozent eingesetzt werden. Einige Länder haben das bereits erreicht. Es macht einfach keinen Sinn, auf der einen Seite die Rüstungsausgaben hochzufahren und auf der anderen Seite die Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen. Denn EZA-Gelder wirken präventiv.

Bitte unterstützen Sie meinen Minderheitsantrag.



Ich habe noch einen zweiten Minderheitsantrag. Er betrifft den Nachtrag II zum Voranschlag 2023, und es geht um den Beitrag an den IKRK-Hauptsitz in Genf. Der Bundesrat beantragt im Nachtrag II zum Voranschlag 2023, dem IKRK 50 Millionen à fonds perdu zu überweisen. Die Subkommission 2 der Finanzkommission war beim IKRK zu Besuch und tauschte sich intensiv mit Frau Mirjana Spoljaric Egger, der Präsidentin des IKRK, aus. Sie teilte uns mit, dass das IKRK in grosser Geldnot ist. Die Schweiz als Sitz und Gründungsland des IKRK ist daher speziell gefordert. Das IKRK hat um 50 bis 150 Millionen Franken gebeten. Man kann davon ausgehen, dass es beim Bund 2023 Kreditreste geben wird und somit finanzieller Handlungsspielraum besteht. Ich beantrage, den Nachtrag um 50 Millionen Franken auf 100 Millionen Franken zu erhöhen. Heute ist die Schweiz auf der Liste der Geberstaaten des IKRK auf der vierten Position. Unsere Motivation für die Verdoppelung dieses Beitrags ist aber nicht die Rangliste, sondern der Umstand, dass das IKRK das Geld wirklich braucht. Es gibt immer mehr Opfer von Konflikten, Gewalt und Katastrophen. Es ist wichtig, dass das IKRK eine starke Basis hat und dass diese hier in Genf ist. Das sollte uns stolz machen. Bitte unterstützen Sie auch diesen zweiten Minderheitsantrag.

**Guggisberg** Lars (V, BE): Ich beabsichtige mit meinen Minderheiten in diesem Block, den finanzpolitischen Fokus in den kommenden Jahren wieder vermehrt auf die Schweiz zu legen. Fokus Schweiz bedeutet die Priorisierung von Ausgaben in unserem Land. Wir haben in den letzten Jahren einen Schuldenberg in Milliardenhöhe aufgetürmt. Wir haben ständig steigende Krankenkassenprämien. Wir müssen die Landesverteidigung und die Landwirtschaft wieder stärken. Wir müssen die AHV retten. Wir können uns ganz sicher nicht höhere Steuern leisten, nur weil wir die Ausgaben seit Jahren nicht im Griff haben.

All diese Fakten und Grundsätze bedeuten im Umkehrschluss, dass die Ausgaben für das Ausland nicht weiter steigen dürfen. Hinzu kommt, dass bei der sich zuspitzenden geopolitischen Sicherheitslage die Frage erlaubt sein muss, ob unsere Entwicklungshilfegelder tatsächlich in den richtigen Händen landen, nämlich dort, wo Menschen geholfen werden kann. Dass der Bundesrat erst kürzlich, aber völlig zu Recht Zahlungen an elf Hilfsorganisationen im Nahen Osten gestoppt hat, stiftet nicht gerade Vertrauen. Ausserdem muss auch der kürzlich ergangene Bericht der GPK des Ständerates über die Wirksamkeitsmessung in der internationalen Zusammenarbeit zu denken geben. Darin steht unter anderem, dass die Nutzung von Evaluationen für die Rechenschaftslegung gegenüber Parlament und Öffentlichkeit nicht angemessen ist.

Meine Anträge wollen die Arbeit der Verwaltung und jener Leute, die im Ausland ihr Bestes geben, nicht geringerschätzen. Es geht aber um den möglichst effizienten Einsatz des knappen Steuerfrankens und um eine Priorisierung unserer

#### AB 2023 N 2282 / BO 2023 N 2282

Aufgaben und Ausgaben, um die wir in der aktuellen finanzpolitischen Lage nicht herunkommen. Es liegt in der Natur der Sache, dass wir kurzfristig die Prioritäten bei den schwach gebundenen Ausgaben setzen müssen. Die internationale Zusammenarbeit ist Teil dieser schwach gebundenen Ausgaben. Wir hatten in den letzten Jahren immer ein Ausgabenwachstum. Dieses Ausgabenwachstum wurde immer durch das Einnahmenwachstum kaschiert, das wir glücklicherweise aufgrund der funktionierenden Wirtschaft hatten. Wie die Prognosen aber zeigen, schwächt sich das Wirtschaftswachstum ab. Daher braucht es jetzt Weitsicht. Wir müssen bereits jetzt daran denken, die Ausgaben zu drosseln, um in den Folgejahren einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat mehrfach erwähnt, dass 2025 wohl das schwierigste Jahr werden wird. Deshalb tun wir gut daran, bereits im Jahr 2024 das Ausgabenwachstum zu drosseln, um im Hinblick auf die IZA-Strategie 2025–2028 eine saubere Basis zu haben.

Ich bitte Sie daher, meine Minderheitsanträge in Block 4 zu unterstützen.

**Jost** Marc (M-E, BE): Werter Kollege Guggisberg, meine Frage geht in die folgende Richtung: An verschiedenen Podiumsdiskussionen, an denen wir mit Ihnen oder Ihren Parteikollegen über Migration oder Asyl debattiert haben, wurde gesagt, ein Schwerpunkt müsse die Hilfe vor Ort sein. Das sei, so hiess es, ein wichtiges Mittel, um den Migrationsdruck zu bekämpfen. Wie stellen Sie sich denn die Hilfe vor Ort vor? Mit Kürzungen ginge es ja wohl nicht.

**Guggisberg** Lars (V, BE): Besten Dank, Herr Kollege Jost, für diese Frage. Ich habe versucht, aufzuzeigen, dass wir mit dem Ausgabenwachstum aufhören müssen. Die von mir geforderten Kürzungen beziehen sich nicht darauf, dass wir weniger Geld ins Ausland schicken. Es sind nämlich nach wie vor 12 Milliarden Franken in vier Jahren. Das heisst, wir haben längstens genug Geld, das wir für die Hilfe vor Ort einsetzen können. Das ist ein gutes Instrument, aber das vorhandene Geld genügt.

Wie ich erwähnt habe: Bei den Einnahmen werden wir Kürzungen zu gewärtigen haben. Deshalb muss auch



in diesem Bereich das Geld, das jetzt dort eingesetzt wird, genügen.

**Sollberger** Sandra (V, BL): Ich beginne gleich mit meinem Minderheitsantrag zu den Betriebsausgaben der Bundesasylzentren. Gegenüber dem Voranschlag 2023, der auf der Basis von 4500 Betten und einer Auslastung von 70 Prozent für 16 000 erwartete Asylgesuche berechnet wurde, budgetiert das SEM einen Mehrbedarf von rund 51 Millionen Franken – das sind plus 20 Prozent. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass eine Reduktion bei den Betriebsausgaben durchaus möglich wäre, wenn konsequent ausgeschafft würde. Wer nicht hierbleiben darf, soll ausgeschafft werden. Die Nothilfe muss und soll genügen.

Die Budgetposten im SEM zeigen vor allem eines: Unser Asylwesen wird zu einem Fass ohne Boden – immer höhere Kosten, immer mehr Betreuung, immer mehr Personal. Das wird das Problem nicht lösen. Andere europäische Länder ziehen die Schrauben jetzt an. Es wird sogar darüber diskutiert, das internationale Asylrecht generell anzupassen, weil es aus einer anderen Zeit stamme und mit der heutigen politischen und juristischen Lage nicht mehr zu vergleichen sei. Somit sollte auch die Schweiz endlich über die Bücher gehen. Anfangen können wir bei den ausufernden Ausgaben für die Asylzentren.

Ein weiterer Minderheitsantrag von mir möchte die Integrationsmassnahmen für Ausländer reduzieren. Integration liegt grundsätzlich in der Verantwortung der Zuwanderer. In den letzten Jahrzehnten ist aber eine regelrechte Integrationsindustrie entstanden, die immer mehr Geld verschlingt. Integration ist etwas, das wir nicht nur fördern, sondern auch einfordern müssen. Es kommen zu viele, und es kommen die falschen Ausländer.

Ein aktuelles Beispiel ist Grellingen: Wer kannte vor dem letzten Wochenende die wunderschöne Baselbieter Gemeinde Grellingen? Das ist die Gemeinde, in der am letzten Wochenende eine Veranstaltung eritreischer Vereine der Schweiz stattfand. Unter anderem wurde dem Diktator gehuldigt. Die Gegenbewegung von eritreischen Regimegegnern verursachte einen sehr grossen Polizeieinsatz. Aus Sicherheitsgründen musste sogar der Eggfluetunnel, ein Nadelöhr im Laufentaler Verkehr, für mehrere Stunden geschlossen werden – so quasi als eine kleine Zugabe neben all dem anderen Chaos, das angerichtet wurde. Das ist ein weiteres Beispiel von misslungener Integration. Es ist doch unfassbar, dass die Konflikte dieser falschen Asylanten jetzt bei uns in der Schweiz ausgetragen werden. Diese Personen gehören sofort zurück in ihr Heimatland.

Unsere Polizisten bringen sich bei solchen Einsätzen in Gefahr, und unsere Steuergelder werden verschleudert. Es ist höchste Zeit, dass wir die Gelder im Asylbereich kürzen und unser Land für falsche Asylsuchende nicht noch attraktiver machen. Es kommen zu viele, und es kommen die Falschen. Auch aus diesem Grund beantrage ich, diesen Betrag zu reduzieren. Die richtige Lösung wäre eine konsequente Rückführung.

Wenn wir uns auf die echten Flüchtlinge konzentrieren, auf diejenigen, die zeigen, dass sie hier sein wollen, und schätzen, hier zu sein, können auch die Integrationskosten gebremst werden. Damit erzielen wir erst noch die gewünschte Wirkung.

Gemäss Kommissionsmehrheit soll der Betrag der Position "Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge" um 30 Millionen Franken gekürzt werden. Wir würden zwar gerne noch mehr kürzen, aber dies ist der Kompromiss, den wir finden konnten und den wir dann auch unterstützen werden. Ich freue mich über diesen Antrag, der aus der Mitte-Fraktion kommt, zeigt er doch auf, dass jetzt endlich auch die anderen Parteien erwachen und sehen, dass man etwas tun muss.

Zuletzt geht es um die Ukraine-Beiträge an die Kantone in ordentlicher und ausserordentlicher Verbuchung. Im Voranschlag 2023 hat der Bundesrat eine halbe Milliarde Franken zu viel für die Flüchtlinge aus der Ukraine budgetiert. Die grossen Fluchtbewegungen aus der Ukraine sind seit Längerem vorbei. Die Prozesse und Situationen sollten sich längst eingependelt haben.

Im kommenden Jahr ist die schnellstmögliche Aufhebung des Schutzstatus S anzustreben. Dieser Status war nie als langfristige Lösung gedacht. Je länger wir ihn haben, desto mehr gibt es Probleme im System, die wir dann immer wieder teuer einzeln korrigieren müssen, weil neue Ungerechtigkeiten und neue Ungereimtheiten zutage treten. Die Kantone sind unzufrieden, die Freiwilligen, die in der Anfangszeit dieses grossflächigen Kriegs zahlreich waren, werden stetig weniger. Eine zu grosszügige Budgetierung dieser Gelder ist also nicht angebracht. Zudem sollen die Kosten für die Flüchtlinge aus der Ukraine ordentlich verbucht werden. Von einer ausserordentlichen Lage kann nach eineinhalb Jahren nicht mehr gesprochen werden.

Die Anträge der Minderheiten Friedl Claudia, I (Wyss) und Wettstein lehnen wir ab; den Einzelantrag Zuberbühler werden wir unterstützen.

Ich danke Ihnen, dass Sie meine Minderheitsanträge unterstützen und so zeigen, dass Sie solche Vorfälle wie jenen in Grellingen nicht tolerieren, und dass Sie unseren Empfehlungen folgen.

**Wyss** Sarah (S, BS): Die Integration von geflüchteten Menschen – sowohl der Spracherwerb als auch die soziale und berufliche Integration – ist wichtig. Meine Vorrednerin sprach von einer misslungenen Integration.



Ja, es gibt einige Fehler in der Integration. Aber glauben Sie ernsthaft, dass Sie eine bessere Integration machen, wenn Sie ausgerechnet hier die Gelder streichen?

Es wird immer wieder erwähnt, wie wichtig die Integration ist. Deshalb wäre es falsch, hier symbolisch zu kürzen. Weshalb ist es symbolisch? Normalerweise ist meine Minderheit hier eine Mehrheit. Normalerweise ist eine Kürzung beim SEM eine von der SVP beantragte Kürzung, und zwar weil die Zahlen folgendermassen zustande kommen: Es gibt eine Prognose, es gibt eine Verordnung und eine Vorgabe, wie viel

AB 2023 N 2283 / BO 2023 N 2283

Geld pro tatsächlichem Asylsuchenden oder Flüchtling bezahlt werden muss. So kommt das Budget zusammen. Wenn Sie hier also kürzen, zeigen Sie symbolisch, dass Sie bei der Integration der Flüchtlinge sparen wollen. Sie ändern aber überhaupt nichts an den Tatsachen, denn es sind Prognosen. Es sind auch keine ungebundenen Ausgaben, die Sie hier kürzen. Es ist reine Symbolpolitik.

Ich erinnere gerne alle, die nicht an der Kommissionssitzung waren, daran, wie das zustande gekommen ist – weil es auch in der Medienmitteilung stand, darf ich das sagen -: Man hat, wie auch gerade vorhin, ein bisschen zu viel Geld ausgegeben, weil man bei der Landwirtschaft erhöht hat. Man hat gemerkt, dass man die Schuldenbremse nicht mehr einhält, und hat dann einen Rückkommensantrag gestellt. Man hat dann gefunden, man könne doch beim SEM kürzen. So ist dieser Antrag zustande gekommen. Das kann nicht ernsthaft die Art und Weise der Finanzpolitik sein, wie Sie sie machen wollen.

Ich bitte Sie deshalb, meiner Minderheit zu folgen.

**Wettstein** Felix (G, SO): Mein Minderheitsantrag zum SECO-Kredit zur bilateralen wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit behandelt die Hilfe zugunsten der Ukraine. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat zu unfassbarem Leid für die Bevölkerung geführt. Das Ausmass der Zerstörung ist riesig. Die schweizerische Unterstützung der Ukraine ist nicht nur aus einem Solidaritätsgedanken heraus wichtig, sondern auch aus aussenpolitischen Gründen. Es ist zentral, dass die Schweiz die Ukraine weiterhin im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Grundsätzlich ist diese Unterstützung kaum bestritten. Allerdings wollen der Bundesrat und die Mehrheit der Finanzkommission, dass dieses Engagement auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern gehen soll. Sie wollen, dass diese zusätzlichen Gelder für die Ukraine-Hilfe bei der DEZA und dem SECO kompensiert werden. Entsprechend sind im Bereich wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit 28,1 Millionen Franken weniger budgetiert als noch im laufenden Jahr. Dagegen wehren wir uns. Es kann ja nicht sein, dass die Zusammenarbeit mit anderen Partnerländern wegen des Kriegs in der Ukraine geschwächt wird.

Wir haben gesehen, dass sich die Folgen des Kriegs in Entwicklungs- und Schwellenländern oft viel heftiger auswirken als bei uns. Denken wir nur an die Engpässe bei den Getreidelieferungen oder bei der Energieversorgung. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, was die wirtschaftliche Zusammenarbeit des SECO bezweckt: Sie hat zum Ziel, ein wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum zu fördern, Arbeitsplätze zu schaffen und so Armut und Ungleichheit zu mindern. Gerade für das Ziel der Friedensförderung ist die Schaffung von Arbeitsplätzen zentral. In Ländern, in denen die Bevölkerung zu wenig Aussicht auf ein faires Einkommen hat, haben extremistische Organisationen leichtes Spiel, wie wir leider immer wieder konstatieren müssen. Auch deshalb können wir nicht zulassen, dass das Engagement des SECO in diesen Ländern zurückgefahren wird.

Wir können hier auch nicht das Argument anführen, dass die Schuldenbremse bereits überzogen sei und wir jetzt halt irgendwo Gegensteuer geben müssten. Ich kann mich da nur den Überlegungen anschliessen, die meine Vorrednerin Sarah Wyss ausgeführt hat. Es ist unwürdig, zuerst an einem Ort alles freizugeben und dann eben dort, wo es für die eigene politische Agenda nicht mehr so wichtig ist, zu kürzen. Man kürzt dann das, was wir auch in einer längerfristigen Perspektive schon lange in Aussicht gestellt haben und wozu wir uns verpflichtet haben.

Ich bitte Sie um Unterstützung meiner Minderheit.

**Ritter** Markus (M-E, SG): Der Ständerat hat am vergangenen Dienstag mit 26 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen, den Betrag in der Budgetposition 704.A235.0101, "Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer", für das Jahr 2024 mit 25 Millionen Franken vorzusehen. Der Grund liegt darin, dass man sich auf jene Projekte konzentrieren soll, die für 2024 bereits vorgesehen sind, und den Projektrahmen nicht weiter ausdehnen soll. Auch hier müssen wir uns den finanziellen Spielraum des Bundes, den wir im Budget 2024 noch haben, vor Augen führen.

Mit meiner Minderheit habe ich diesen Beschluss des Ständerates aufgenommen. Im Ständerat war der Be-



schluss äusserst klar, es gab nicht einmal eine Minderheit dazu. Bei der Abstimmung im Ständerat stand der Entscheid der Kommission dem Entwurf des Bundesrates gegenüber. Ich danke Ihnen, wenn Sie beim Staatssekretariat für Wirtschaft bei der Position 704.A235.0101 meiner Minderheit und damit dem Ständerat folgen.

Ich rede nun noch im Auftrag der Mitte-Fraktion zu Block 4. Bei Block 4, "Beziehungen zum Ausland und Migration", liegen diverse Minderheitsanträge von linker Seite zur deutlichen Aufstockung der Budgetpositionen vor. Von rechter Seite wurden mehrere Minderheitsanträge zur Reduktion des Budgets eingereicht. Die Mitte-Fraktion wird überall der Mehrheit folgen, ausser beim EDA bei der Position A231.0337, "Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten". Die Schweiz engagiert sich im Moment mit enormen Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit. Sie zahlt Beiträge an multilaterale Organisationen für die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des Ostens, sie engagiert sich aber auch im Rahmen des Asyl- und Flüchtlingswesens. Auf Seite A5 der Fahne sehen Sie, dass im Bereich des Asyl- und Flüchtlingswesens für die ordentlichen und ausserordentlichen Budgetpositionen über 3 Milliarden Franken vorgesehen sind.

Ich möchte noch etwas sagen zur Position A231.0153, "Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge". Der Bundesrat beantragt bei dieser Position eine Aufstockung des Budgets um 190 Millionen Franken gegenüber 2023. Die Mehrheit der Finanzkommission schlägt eine Erhöhung von 160 Millionen Franken vor. Dieser Antrag basiert auf einer einstimmig durch die Finanzkommission des Ständerates verabschiedeten Motion. Mit den Kantonen sollen die Anstrengungen zur Integration von anerkannten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt erhöht werden. Das Gleiche gilt auch für die Flüchtlinge mit Schutzstatus S. Diese Kosten werden ausserordentlich verbucht. Die Unterschiede zwischen den Kantonen bei der Integration dieser Menschen in den Arbeitsmarkt sind signifikant. Auf der einen Seite ist der Beschluss des Ständerates im Sinne einer raschen und erfolgreichen Integration dieser Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen. Auf der anderen Seite werden damit unsere Kosten in diesem Bereich, selbst mit relativ bescheidenen Fortschritten, deutlich gesenkt. Hier müssen wir die richtigen Anreize setzen. Dies wird mit Aussicht auf die kommenden Finanzplanjahre von hoher Priorität sein.

Deshalb bitte ich Sie, hier überall der Mehrheit zu folgen.

**Farinelli Alex (RL, TI):** Il blocco 4 tratta il tema della migrazione e dei rapporti con l'estero in cui il gruppo liberale-radical seguirà tutte le maggioranze. I temi trattati in questo blocco sono di principio oggetto di grandi discussioni praticamente in occasione di ogni preventivo.

Le proposte di aumento o di tagli importanti delle spese in questo settore non sono sostenibili. Prendiamo l'esempio della minoranza Sollberger alla voce 420.A202.0156, dove si chiede la diminuzione dei mezzi finanziari, di circa 60 milioni di franchi, nei centri federali d'asilo per i richiedenti l'asilo. Questo creerebbe enormi problemi ai cantoni, che già oggi vivono problematiche date dalla pressione migratoria, come i cantoni di Neuchâtel o del Ticino, obbligandoli a farsi carico, ancora di più, della gestione degli stessi richiedenti.

Una situazione diversa ce l'abbiamo con la correzione di 30 milioni di franchi, che vengono contabilizzati in meno alla voce 420.A231.0153 "Aiuto sociale e richiedenti l'asilo". In questo caso il montante inserito a preventivo non costituisce infatti un limite di spesa – questa è autorizzata dalla legge e si determina sulla base delle richieste, e quindi i cantoni non dovranno farsi carico di nessun onere supplementare – ma è una stima del costo che si sosterrà durante l'anno. Come è stato detto dal collega Ritter, negli Stati è stata approvata una mozione all'unanimità che chiede di aumentare la quota dei richiedenti l'asilo che dovranno essere attivi professionalmente. Questa misura dovrebbe portare a

AB 2023 N 2284 / BO 2023 N 2284

una riduzione dell'aiuto sociale. Quindi, come detto, non si tratta di un taglio alle prestazioni che i cantoni potranno erogare ma semplicemente di una stima della spesa per l'anno successivo.

Ultimo punto: sulla proposta individuale Zuberbühler il gruppo liberale-radical è diviso. Da una parte è evidente che riconoscere le necessità delle popolazioni coinvolte, in particolare in questo momento, è importante, dall'altra parte è innegabile che le agenzie della Nazioni Unite che si occupano della questione palestinese presentano grosse criticità nel loro funzionamento, e quest'ultime non possono e non devono essere ignorate. In questo senso, il gruppo liberale-radical sarà diviso su questo punto.

**Gysi Barbara (S, SG):** Ich spreche für die SP-Fraktion zu Block 4, und zwar zu den Bereichen EDA, SEM und SECO. Die SP-Fraktion unterstützt die Minderheiten I (Friedl Claudia) beim EDA und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die Minderheit I (Wyss) beim SEM und die Minderheit Wettstein beim SECO. Ansonsten folgen wir der Mehrheit. Ich bitte Sie, das ebenso zu tun und insbesondere die diversen Kürzungs-



anträge vonseiten der SVP-Fraktion abzulehnen.

Warum empfehlen wir Ihnen das? Kollegin Friedl hat ihre Minderheitsanträge ausführlich begründet. Bezüglich EDA möchte ich diese Punkte hier noch einmal ansprechen. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit soll gestärkt und sicher nicht abgebaut werden. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass die Querschnittskürzung von 2 Prozent hier ausgesetzt wird. Schon so sind wir bei einer sehr tiefen Quote für die Entwicklungszusammenarbeit. Sehr viele Gelder – das wurde bereits begründet – fliessen in die Ukraine, zu Recht. Dort herrscht eine sehr problematische Situation mit diesem schrecklichen Krieg. Es kann aber nicht sein, dass die Länder des globalen Südens darunter leiden müssen, dass also andere Schwerpunktländer der Schweiz darunter leiden, wenn die Mittel sehr stark konzentriert werden. Ich glaube, die Schweiz steht insgesamt finanziell gut genug da, um hier ihre Aufgabe zu erfüllen und diese Länder weltweit zu unterstützen.

Es ist sehr wohl im Interesse der Schweiz – und da muss ich Kollege Guggisberg von der SVP-Fraktion vehement widersprechen –, es ist im grossen Interesse der Schweiz, auch vor Ort Unterstützungsmassnahmen zu ergreifen. Die SVP-Fraktion hat auch immer mal wieder gesagt, sie wolle vor Ort helfen. Anscheinend ist das jetzt in Vergessenheit geraten. Wir haben ein Interesse daran, dass die Menschen in den Herkunftsländern Situationen vorfinden, in welchen sie auch leben können – politisch, aber auch wirtschaftlich und die Klimaproblematik betreffend. Wir haben zunehmend auch mehr Klimaflüchtlinge. Hier müssen wir den Fluchtgründen eben auch in den Herkunftsländern begegnen und in den Schwerpunktländern der Schweiz Angebote zur Verfügung stellen.

Es ist falsch und unmenschlich, wenn hier gekürzt wird, und es ist auch falsch, zu argumentieren, man wolle den Schwerpunkt auf die Schweiz setzen, es müssten endlich wieder Mittel im Inland eingesetzt werden. Auch da: Während der Covid-19-Pandemie hat die Schweiz sehr viele Mittel auch im Inland investiert. Nicht zuletzt ist das auch ein Punkt, der jetzt zu dieser nicht ganz einfachen finanziellen Situation der Bundeskasse führt.

Ich möchte Sie auch bitten, den Einzelantrag Zuberbühler abzulehnen. Das UNRWA ist ein wichtiges Hilfswerk. Es ist eines der wenigen Hilfswerke, die ihre Arbeit auch noch unter schwierigsten Bedingungen machen können. Hier jetzt einfach rasch zu kürzen, wäre ganz klar falsch.

Ich möchte Sie auch bitten, die Minderheit Friedl Claudia beim Nachtrag II zum diesjährigen Voranschlag zu unterstützen. Es geht um eine Verdoppelung der Mittel an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK). Auch hier: Der Bedarf an humanitärer Hilfe ist massiv gestiegen. Das ist etwas vom wenigen, was wir tun können, wenn wir hier die Mittel ans IKRK verdoppeln. Dieser Betrag kann sehr viel Leid vermindern, und das IKRK, Sie wissen das, leistet eine enorm wichtige Arbeit.

Dann zur Kürzung beim SEM: Diese lehnen wir dezidiert ab. Sie haben gehört, wie Kollegin Wyss argumentiert hat. Natürlich fallen diese Kosten an. Es ist einfach Augenschweerei, wenn Sie heute hier im Wissen darum kürzen, dass Sie dann irgendwann einen Nachtragskredit sprechen werden. Es ist auch falsch, diese Gelder, die an die Kantone gehen, jetzt zu streichen respektive ordentlich zu verbuchen. Das erzeugt zusätzlichen Druck.

Es ist nach wie vor eine ausserordentliche Situation mit diesem schrecklichen Krieg in der Ukraine. Ich glaube, die ausserordentliche Verbuchung ist korrekt. Der Bundesrat hat das auch so budgetiert, dass es weiterhin ausserordentliche Ausgaben sind, die unseren Bundeshaushalt nicht zusätzlich unter Druck setzen. Sie sind ja dann auch nicht bereit, an anderen Orten Einsparungen zu machen.

Ich bitte Sie darum, in diesen Punkten der Kommissionsmehrheit zu folgen.

**Graber Michael (V, VS):** Sie haben, Frau Kollegin Gysi, von Klimaflüchtlingen gesprochen. Die Schweiz ist ja offenbar, wie man immer sagt, sehr stark betroffen vom Klimawandel. Dann wären ja wir diejenigen, die flüchten müssten, dann wären ja wir die Klimaflüchtlinge. Wie viele Klimaflüchtlinge haben Sie selbst schon in der Schweiz getroffen?

**Gysi Barbara (S, SG):** Sie sprechen auch die Situation in der Schweiz an. Wir sind ja die Partei, und es ist leider nicht die Ihre, die auch in der Schweiz Massnahmen ergreifen will. Sie halten immer wieder dagegen. Wir wollen, was das Klima anbelangt, auch in unserem Land etwas machen.

Klimaflüchtlinge gibt es in der Schweiz bislang zum Glück nicht viele. Aber ich spreche mich dafür aus, Massnahmen in den Herkunftsländern zu unterstützen, damit diese Menschen nicht von dort weggehen müssen, sondern immer noch eine Lebensmöglichkeit haben.

**Knutti Thomas (V, BE):** Sehr verehrte Frau Gysi, teilen Sie nicht auch die Meinung, dass wir, statt so viel Geld – Entwicklungsgelder – in andere Länder zu schicken, dieses Geld besser in der Schweiz einsetzen würden? Es gibt auch sehr viele Schweizer Familien, die angesichts der Teuerung froh wären, wenn sie etwas mehr Geld hätten.



**Gysi** Barbara (S, SG): Ich bin froh, wenn Sie das nächste Mal die Anträge aus der SP-Fraktion für mehr Prämienverbilligung unterstützen. Ja, ich möchte auch etwas für Familien in der Schweiz tun, aber ich möchte das nicht mit Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit finanzieren.

**Badertscher** Christine (G, BE): Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat zu unfassbarem Leid für die Bevölkerung geführt. Das Ausmass der Zerstörung ist riesig. Die Schweizer Unterstützung für die Ukraine ist nicht nur aus einem Solidaritätsgedanken heraus wichtig, sondern auch aus aussenpolitischen Gründen. Es ist zentral, dass die Schweiz die Ukraine im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiterhin unterstützt. Jedoch soll dies nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Ländern geschehen. Doch im Voranschlag 2024 ist vorgesehen, dass die zusätzlichen Gelder für die Ukraine bei der DEZA und beim SECO kompensiert werden müssen. Die Ukraine-Hilfe soll also auf Kosten der Länder des globalen Südens geschehen. Das können wir nicht akzeptieren, insbesondere deshalb, weil die Herausforderungen in den Entwicklungsländern nicht kleiner geworden sind, im Gegenteil: Mit dem Klimawandel nehmen die Probleme zu, insbesondere im Bereich Ernährungssicherheit. Zudem gibt es zunehmend Konflikte – meistens ausserhalb des Wahrnehmungsfelds der Öffentlichkeit, doch nicht minder schlimm für die betroffene Bevölkerung –, so zum Beispiel im Osten der Demokratischen Republik Kongo, im Sudan oder im Tschad. Deshalb sind die humanitäre Hilfe sowie auch die langfristige Entwicklungszusammenarbeit sehr wichtig.

Wir unterstützen deshalb den zusätzlichen Beitrag an das IKRK, der im Nachtrag II aufgeführt wird, sowie den Antrag

AB 2023 N 2285 / BO 2023 N 2285

der Minderheit Friedl Claudia, die den Beitrag aufstocken will. Bei der Position "Entwicklungszusammenarbeit bilateral" unterstützen wir den Antrag der Minderheit I (Friedl Claudia) mit dem Ziel, dass diese Mittel nicht gekürzt werden müssen. Bei den Positionen "Beiträge an multilaterale Organisationen", "Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens" sowie "Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten" werden wir jeweils dem Antrag der Kommissionsmehrheit zustimmen.

Noch ein Wort zum Kohäsionsbeitrag: Für die Beziehungen zur EU ist dieser zweite Schweizer Beitrag von hoher Bedeutung. Würde die Schweiz die Auszahlung kürzen, würde sie ihren Ruf als verlässliche Partnerin in Europa gefährden; dies hätte im Moment fatale Auswirkungen. Wie bei der Entwicklungszusammenarbeit wäre auch hier ein Sparen nicht nachhaltig und könnte uns langfristig teuer zu stehen kommen.

Noch zum Antrag der Minderheit Wettstein beim SECO: Wie bereits erwähnt, wird die Hilfe für die Ukraine auf Kosten der anderen Länder finanziert. Deshalb sind bei der Position "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit" 28 Millionen Franken weniger budgetiert als noch 2023. Die Minderheit Wettstein will also keine Erhöhung, sondern bloss, dass die Kürzung verhindert wird.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit des SECO hat zum Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und so Armut zu mindern. Dies ist in der heutigen Zeit sehr wichtig. Terroristische Organisationen spielen eine immer grössere Rolle, ein Hauptgrund für deren Erstarren ist das Fehlen von Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung. Das Schaffen von Arbeitsplätzen in den Entwicklungsländern ist deshalb für die Friedensförderung ebenfalls sehr wichtig. Schlussendlich führen diese Massnahmen auch dazu, dass weniger Menschen zur Migration gezwungen werden.

Dies führt mich zu den Minderheiten beim SEM. Wir lehnen alle Minderheitsanträge Sollberger ab und unterstützen die Minderheit I (Wyss). Ich denke, die Planungssicherheit ist hier wirklich sehr wichtig.

Zum Schluss möchte ich noch generell auf die Ausgaben für die internationale Zusammenarbeit hinweisen: Gemessen am Bruttonationaleinkommen würde die Quote der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz, die APD-Quote, im Jahr 2024 bei lediglich 0,44 Prozent liegen. Im Rahmen der Agenda 2030 haben sich die Industrieländer darauf geeinigt, eine APD-Quote von 0,7 Prozent zu erreichen. Viele Länder, vor allem im Norden Europas, erreichen diese Quote, die Schweiz aber nicht. Nur 0,44 Prozent sind definitiv ungenügend. Die Schweiz nimmt also ihre finanzielle Verantwortung nicht wahr. Zudem sind die Investitionen in die internationale Zusammenarbeit kein Luxus, sondern eine Investition in die Zukunft – auch für die Schweiz.

**Flach** Beat (GL, AG): Die grünliberale Fraktion wird beim Block 4 mit Ausnahme von zwei Minderheitsanträgen überall der Mehrheit folgen. Bezüglich der Entwicklungszusammenarbeit beim EDA werden wir der Minderheit I (Friedl Claudia) folgen, bezüglich der Entwicklungszusammenarbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft der Minderheit Wettstein. Im letzteren Antrag, dem Antrag der Minderheit Wettstein, geht es darum, dass die Umlagerung von den allgemeinen Unterstützungen hin zur Ukraine nicht dazu führen soll, dass die allgemeinen Unterstützungen um 28,1 Millionen Franken gekürzt werden. Im Antrag der Minderheit I (Friedl Claudia),



ganz zu Beginn der Fahne beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, geht es darum, dass auch die 47 Millionen Franken weiterhin gesprochen werden sollen, weil sie eine Antwort auf die Multikrisen bilden, in denen wir stecken.

Die Weltwirtschaft ist am Wanken, und insbesondere die armen Länder haben noch aufgrund von Covid-19 schwere Probleme. Dazu kommt der Klimawandel, der dazu führt, dass Menschen ihre Höfe, ihre Länder verlassen müssen. Wo Armut und Perspektivlosigkeit herrschen, kommen automatisch auch Kriminalität und Terrorismus zum Wachsen, und das führt dazu, dass viele Menschen auf der Flucht sind. Noch niemals zuvor in der Weltgeschichte waren so viele Menschen auf der Flucht – sie mussten innerhalb ihres eigenen Landes an einen anderen Ort oder sogar in ein anderes Land fliehen. Alle diese Faktoren führen letztlich auch dazu, dass wir davon betroffen sind. Es geht nicht einzig darum, dass der Klimawandel uns hier betrifft, beispielsweise wenn der Permafrost sich auflöst usw., sondern es geht auch darum, was weltweit geschieht.

Wir sollten uns vermehrt auch darauf besinnen, dass Afrika in der Zukunft ein Partner sein soll und nicht ein Kontinent, den man wegen der Ressourcen zwar schätzt, aber dessen Menschen man dann mit Zäunen und Mauern davon abhalten will, auch hier ihr Glück zu suchen. Wir müssen diese Unterstützung dort weiterhin bieten, auch im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Weltgemeinschaft, die Push-Faktoren dort zu begrenzen.

Die Streichungen respektive Kürzungen bei der Integration lehnen wir ebenfalls ab. Es macht keinen Sinn, Flüchtlinge, Geflüchtete und Asylsuchende noch weniger zu integrieren, als es heute schon geschieht. Es sollte sogar viel mehr investiert werden, insbesondere bei den Gemeinden, den Kantonen, den Städten, sodass die Integration schneller vorangeht und die entsprechenden Personen schneller in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Dies soll ihnen ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Ich glaube, die meisten wollen das auch.

Es geht nicht darum, hier einfach auf der faulen Haut zu liegen, sondern alle, die ich kenne, wollen arbeiten. Sie wollen teilhaben, und sie wollen auch eine Perspektive für sich oder ihre Familien haben. Das bedeutet, dass man ihnen die entsprechenden Voraussetzungen geben, die Türen öffnen und nicht verschliessen soll. Es bedeutet, dass man sie entsprechend unterstützt.

Generell bei der Entwicklungshilfe, der Migrationsunterstützung und der Integration ist in Zukunft vermehrt darauf zu achten, dass auch die Wirkung analysiert wird, und zwar entlang der eingesetzten Mittel und dem, was als Ergebnis herauskommt. Ich bin davon überzeugt, dass an vielen Orten noch viel Geld verschleudert wird, dass Doppelspurigkeiten zwischen Bund und Kantonen passieren und dass dort folglich sehr viele Mittel am falschen Ort eingesetzt werden. Verstehen Sie mich richtig: nicht quasi, sondern tatsächlich am falschen Ort eingesetzt. Dem müssen wir nachgehen, und dann können wir das hier auch wieder ein bisschen besser ins Lot bringen. Denn Geld, das wir am richtigen Ort einsetzen, hilft der Schweiz letztlich bei der Bewältigung der Migrations-, der Klima-, aber auch aller anderen Krisen, die wir im Moment zu bestehen haben.

Wir befinden uns im Moment nicht auf Zielkurs, sondern liegen mit etwas mehr als 74 Millionen Franken über der Schuldenbremse. Ich behaupte, das liegt vor allen Dingen daran, dass wir im Bereich der Landwirtschaft überbordet haben. Dort müssen wir vielleicht in der nächsten Runde noch einmal genauer hinschauen.

**Keller-Sutter Karin**, Bundesrätin: Ich bitte Sie, hier durchgehend dem Bundesrat zu folgen. Ich spreche zuerst zum EDA, zu den Positionen "Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)", "Beiträge an multilaterale Organisationen" und "Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens". Hier geht es darum, dass es in diesem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit verlässliche Planungsgrundlagen braucht. Eine Stop-and-go-Politik ist hier nicht angezeigt. Im Übrigen entsprechen die im Voranschlag 2024 eingestellten Mittel Ihren früheren Beschlüssen, nämlich der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024, und berücksichtigen auch die finanzielle Lage des Bundes, indem die 2-Prozent-Kürzung vollzogen wurde. Aufstockungen sind nicht möglich, wenn Sie die Schuldenbremse einhalten möchten.

Beim EDA bitte ich Sie, bezüglich der Position "Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten" dem Bundesrat zu folgen. Es geht hier um die sogenannte Kohäsionszahlung, also den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten. Dieser wurde im Jahr 2019 genehmigt und dann bis 2021 sistiert. Es geht um die Zahlungen in den entsprechenden Partnerländern.

AB 2023 N 2286 / BO 2023 N 2286

Auch beim Staatssekretariat für Migration gibt es verschiedene Positionen. Der Bundesrat bittet Sie, durchgehend den Anträgen des Bundesrates zu folgen. Das Budget des SEM basiert auf den für 2023 realistischerweise zu erwartenden Zahlen und den in Gesetz und Verordnung festgelegten Abgeltungen, die an die Kantone zu leisten sind. Die Kantone gewährleisten ja insbesondere die Sozialhilfe an nichterwerbstätige Personen



im Asyl- und Flüchtlingsbereich, aber auch an Schutzsuchende. Die ausserordentliche Verbuchung ordentlich zu verbuchen hätte zur Folge, dass sich das Budget 2024 auf einen Schlag um 1,2 Milliarden Franken verschlechterte. Die heutige Sitzung würde nicht mehr ausreichen, um hier eine Kompensation zu finden. Dann haben wir die Anträge beim SECO zu den Positionen "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)" und "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens", was insbesondere die Ukraine betrifft. Auch hier bittet Sie der Bundesrat, jeweils bei seinem Entwurf zu bleiben. Es geht hier um die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit und um die Beiträge, die bereits mit der Botschaft der internationalen Zusammenarbeit eingestellt wurden.

Vor der Abstimmung möchte ich Sie gerne noch darauf hinweisen, dass nach der Beratung des dritten Blocks ein strukturelles Defizit von 47,3 Millionen Franken besteht.

**Nicolet Jacques** (V, VD), pour la commission: Comme je l'ai déjà évoqué, avec ma collègue Anna Giacometti, nous nous partageons le temps de parole pour les réponses sur le bloc 4. Je prends donc le Département fédéral des affaires étrangères, page A2 du dépliant.

Dans le domaine de la coopération bilatérale au développement, nous avons traité de plusieurs propositions dans cette position importante, qui se monte à presque 800 millions de francs.

Une proposition de Claudia Friedl visait à augmenter les moyens de la DDC et du SECO. Elle se décline aujourd'hui en deux propositions de minorité, pour un total de 75,6 millions de francs répartis entre la DDC et le SECO, avec une augmentation de 47,5 millions à la DDC pour la coopération bilatérale au développement et de 28,1 millions au SECO pour la coopération économique.

La première partie de la proposition est la proposition de la minorité I (Friedl Claudia) relative à l'augmentation des moyens de la DDC de 47,5 millions, les faisant passer à plus de 846 millions. Cette proposition a été refusée par notre commission par 14 voix contre 10.

La seconde partie de la proposition vise une majoration de 28,1 millions pour le SECO. Elle a été également refusée par 14 voix contre 11. Il s'agit de la proposition de la minorité Wettstein, qui se trouve dans la deuxième partie du bloc 4. Elle sera traitée par ma collègue Giacometti lorsqu'elle parlera du SECO.

La proposition de minorité II (Guggisberg), qui vise à réduire les moyens de la coopération bilatérale au développement de l'ordre de 50 millions de francs, passant à 750 millions, a été également refusée par notre commission, par 17 voix contre 7. La minorité II (Guggisberg), qui vise à réduire les moyens de la contribution à des organisations multilatérales de 28,2 millions, a été également refusée par la commission, par 17 voix contre 7.

La proposition individuelle Zuberbühler, relative à l'action humanitaire, n'a pas été discutée et n'a donc pas été votée dans le cadre des travaux de commission.

Dans son annonce tardive du 1er novembre, le Conseil fédéral sollicite un montant complémentaire de 86 millions de francs pour 2023 dans le domaine de l'action humanitaire liée à la situation au Proche-Orient. Cette demande a été soutenue par la Commission des finances. Toujours dans le DFAE, au budget 2023, la minorité Friedl Claudia prévoit de doubler, en la faisant passer de 50 à 100 millions, la contribution unique de la Confédération au CICR, qui fait face à des difficultés financières. La Commission des finances a refusé cette proposition, par 16 voix contre 8.

Nous revenons au budget 2024: les propositions de minorité Guggisberg, qui visent la réduction des moyens destinés à la coopération au développement dans les pays de l'Est de 35,8 millions, par la DDC et le SECO, ont été rejetées par notre commission, par 18 voix contre 7. La proposition de minorité Guggisberg visant à diminuer de 23 millions la contribution de la Suisse en faveur des Etats membres de l'UE a été refusée par notre commission, par 14 voix contre 11.

La suite de ce bloc est traitée par ma collègue Giacometti.

**Giacometti Anna** (RL, GR), für die Kommission: Ich mache weiter mit Block 4 und komme zuerst zum Bundesamt für Justiz. Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament zu diesem Bundesamt eine Nachmeldung zum Voranschlag 2024. Der Bund beteiligt sich unter bestimmten Voraussetzungen am Bau von Einrichtungen zum Vollzug der Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft. Zwei Kantone haben die ursprünglich geplanten Platzzahlen reduziert. Die Wertberichtigung von 2,4 Millionen Franken hat keine Auswirkung auf die Schuldenbremse. Bei den Baubeiträgen handelt es sich um Investitionsbeiträge.

Zum Bundesamt für Migration liegen sechs Minderheitsanträge vor. Sie finden diese auf Seite A5 der Fahne. Bei der Position "Bundesasylzentren (BAZ): Betriebsausgaben" beantragt die Minderheit Sollberger eine Reduktion auf 250 Millionen Franken. Dieses Anliegen wurde in der Kommission mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt: Wenn die Zahl der Gesuche steigt, dann braucht es mehr Sicherheitsmassnahmen, mehr Betreuung und



mehr Personal.

Bei der Position "Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge" beantragt die Minderheit I (Wyss), keine Kürzungen gegenüber dem Entwurf des Bundesrates vorzunehmen. Die Mehrheit unterstützt eine Reduktion um 30 Millionen Franken gemäss Beschluss des Ständerates. Die Minderheit II (Sollberger) will eine Reduktion auf 900 Millionen Franken. Das Anliegen der Minderheit I wurde in der Kommission mit 16 zu 9 Stimmen, dasjenige der Minderheit II mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Bei der Position "Integrationsmassnahmen Ausländer" beantragt die Minderheit Sollberger eine Reduktion gegenüber dem Voranschlag des Bundesrates auf 300 Millionen Franken. Der Antrag wurde von Ihrer Finanzkommission mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Die Minderheit Sollberger beantragt, den eingestellten Betrag bei der Position A290.0144, "Ukraine: Beiträge an Kantone", im Zusammenhang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine zu streichen. Sie beantragt, diese Beiträge an die Kantone in Höhe von 1 Milliarde Franken bei der Position A231.0450 ordentlich zu verbuchen. In der Kommission wurde der Antrag mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Beim Nachtrag II zum Voranschlag 2023 beantragt die Minderheit Sollberger, beim SEM bezüglich der Erhöhung der Kapazitäten für Asyl- und Schutzsuchende eine Halbierung der Mehrkosten von 33,5 Millionen Franken vorzunehmen. Dieser Antrag wurde in Ihrer Kommission mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

In Block 4 gibt es noch drei Minderheiten beim Staatssekretariat für Wirtschaft. Sie finden diese auf Seite A8 der deutschsprachigen Fahne. Bei der Position "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)" beantragt die Minderheit Wettstein eine Erhöhung um rund 28 Millionen Franken. Dieser Antrag wurde mit 14 zu 11 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Minderheit Guggisberg, welche eine Kürzung des Beitrages an die Position "Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens" auf 95 Millionen beantragt, wurde mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt. Der letzte Minderheitsantrag in Block 4 betrifft die Position "Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer". Die Minderheit Ritter beantragt eine Kürzung gemäss Ständerat in Höhe von 10 Millionen Franken. Dieser Antrag wurde in Ihrer Kommission mit 15 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Ich bitte Sie, immer der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

AB 2023 N 2287 / BO 2023 N 2287

## **1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten**

### **1. Budget des unités administratives**

#### **Departement für auswärtige Angelegenheiten**

#### **Département des affaires étrangères**

*202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten*

*202 Département fédéral des affaires étrangères*

#### *Antrag der Mehrheit*

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens

A231.0337 Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### *Antrag der Minderheit I*

(Friedl Claudia, Andrey, Egger Kurt, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

Fr. 846 841 700

#### *Antrag der Minderheit II*

(Guggisberg, Götte, Grin, Nicolet, Sollberger, Strupler)

A231.0329 Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)

Fr. 750 000 000



*Antrag der Minderheit*

(Guggisberg, Götte, Nicolet, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen  
Fr. 300 000 000

*Antrag der Minderheit*

(Guggisberg, Götte, Grin, Nicolet, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens  
Fr. 160 000 000

*Antrag der Minderheit*

(Guggisberg, Bourgeois, Götte, Grin, Gschwind, Nicolet, Ritter, Siegenthaler, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A231.0337 Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten  
Fr. 13 500 000

*Antrag der Kommission*

A231.0332 Humanitäre Aktionen  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag Zuberbühler*

A231.0332 Humanitäre Aktionen  
Fr. 408 652 900

*Proposition de la majorité*

A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)  
A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales  
A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est  
A231.0337 Contribution Suisse en faveur de certains Etats membres UE  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité I*

(Friedl Claudia, Andrey, Egger Kurt, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)  
A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)  
Fr. 846 841 700

*Proposition de la minorité II*

(Guggisberg, Götte, Grin, Nicolet, Sollberger, Strupler)  
A231.0329 Coopération au développement (bilatérale)  
Fr. 750 000 000

*Proposition de la minorité*

(Guggisberg, Götte, Nicolet, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales  
Fr. 300 000 000

*Proposition de la minorité*

(Guggisberg, Götte, Grin, Nicolet, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est  
Fr. 160 000 000

*Proposition de la minorité*

(Guggisberg, Bourgeois, Götte, Grin, Gschwind, Nicolet, Ritter, Siegenthaler, Sollberger, Strupler, Tuena)  
A231.0337 Contribution Suisse en faveur de certains Etats membres UE  
Fr. 13 500 000



*Proposition de la commission*

A231.0332 Actions humanitaires

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition Zuberbühler*

A231.0332 Actions humanitaires

Fr. 408 652 900

**Justiz- und Polizeidepartement  
Département de justice et police**

*420 Staatssekretariat für Migration*

*420 Secrétariat d'Etat aux migrations*

*Antrag der Mehrheit*

A202.0156 Bundesasylzentren (BAZ): Betriebsausgaben

A231.0153 Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge

A231.0159 Integrationsmassnahmen Ausländer

A290.0144 Ukraine: Beiträge an Kantone

A231.0450 Ukraine: Beiträge an Kantone

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag der Minderheit*

(Sollberger, Bühler, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)

A202.0156 Bundesasylzentren (BAZ): Betriebsausgaben

Fr. 250 000 000

*Antrag der Minderheit I*

(Wyss, Amos, Andrey, Badertscher, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Nordmann, Trede, Wettstein)

A231.0153 Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit II*

(Sollberger, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Stettler, Strupler)

A231.0153 Sozialhilfe Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge

Fr. 900 000 000

*Antrag der Minderheit*

(Sollberger, Bühler, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)

A231.0159 Integrationsmassnahmen Ausländer

Fr. 300 000 000

AB 2023 N 2288 / BO 2023 N 2288

*Antrag der Minderheit*

(Sollberger, Bühler, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)

A290.0144 Ukraine: Beiträge an Kantone

Fr. 0

A231.0450 Ukraine: Beiträge an Kantone

Fr. 1 000 000 000



*Proposition de la majorité*

A202.0156 Centres fédéraux pour requérants d'asile (CFA): dépenses d'exploitation  
A231.0153 Aide sociale pour requérants d'asile, personnes admises à titre provisoire, réfugiés  
A231.0159 Mesures d'intégration des étrangers  
A290.0144 Ukraine: contributions aux cantons  
A231.0450 Ukraine: contributions aux cantons  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition de la minorité*

(Sollberger, Bühler, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)  
A202.0156 Centres fédéraux pour requérants d'asile (CFA): dépenses d'exploitation  
Fr. 250 000 000

*Proposition de la minorité I*

(Wyss, Amoos, Andrey, Badertscher, Fehlmann Rielle, Gysi Barbara, Nordmann, Trede, Wettstein)  
A231.0153 Aide sociale pour requérants d'asile, personnes admises à titre provisoire, réfugiés  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité II*

(Sollberger, Götte, Guggisberg, Nicolet, Pahud, Stettler, Strupler)  
A231.0153 Aide sociale pour requérants d'asile, personnes admises à titre provisoire, réfugiés  
Fr. 900 000 000

*Proposition de la minorité*

(Sollberger, Bühler, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)  
A231.0159 Mesures d'intégration des étrangers  
Fr. 300 000 000

*Proposition de la minorité*

(Sollberger, Bühler, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)  
A290.0144 Ukraine: contributions aux cantons  
Fr. 0  
A231.0450 Ukraine: contributions aux cantons  
Fr. 1 000 000 000

**Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung  
Département de l'économie, de la formation et de la recherche**

*704 Staatssekretariat für Wirtschaft  
704 Secrétariat d'Etat à l'économie*

*Antrag der Mehrheit*

A231.0202 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)  
A231.0210 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates  
A235.0101 Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer  
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Wettstein, Andrey, Egger Kurt, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)  
A231.0202 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (bilateral)  
Fr. 227 961 300



*Antrag der Minderheit*

(Guggisberg, Götte, Grin, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)  
A231.0210 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, Länder des Ostens  
Fr. 95 000 000

*Antrag der Minderheit*

(Ritter, Bregy, Götte, Guggisberg, Nicolet, Paganini, Pahud, Sollberger, Stettler, Strupler)  
A235.0101 Darlehen und Beteiligungen Entwicklungsländer  
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la majorité*

A231.0202 Coopération économique au développement (bilatérale)  
A231.0210 Coopération économique au développement, pays de l'Est  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats  
A235.0101 Prêts et participations, pays en développement  
Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Wettstein, Andrey, Egger Kurt, Fehlmann Rielle, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)  
A231.0202 Coopération économique au développement (bilatérale)  
Fr. 227 961 300

*Proposition de la minorité*

(Guggisberg, Götte, Grin, Nicolet, Schwander, Sollberger, Strupler)  
A231.0210 Coopération économique au développement, pays de l'Est  
Fr. 95 000 000

*Proposition de la minorité*

(Ritter, Bregy, Götte, Guggisberg, Nicolet, Paganini, Pahud, Sollberger, Stettler, Strupler)  
A235.0101 Prêts et participations, pays en développement  
Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Pos. 202.A231.0329*

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27777)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit I ... 72 Stimmen  
(1 Enthaltung)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27778)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit II ... 71 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Pos. 202.A231.0330*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27779)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 121 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 73 Stimmen  
(0 Enthaltungen)



*Pos. 202.A231.0332*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27790)  
Für den Antrag Zuberbühler ... 116 Stimmen  
Für den Antrag der Kommission ... 78 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Pos. 202.A231.0336*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27780)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 126 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen  
(1 Enthaltung)

*Pos. 202.A231.0337*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27781)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 124 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 71 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Pos. 420.A231.0156*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27782)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Pos. 420.A231.0153*

*Erste Abstimmung – Premier vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27783)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 130 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit I ... 64 Stimmen  
(1 Enthaltung)

*Zweite Abstimmung – Deuxième vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27784)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit II ... 66 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Pos. 420.A231.0159*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27785)  
Für den Antrag der Mehrheit ... 128 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen  
(0 Enthaltungen)



*Pos. 420.A290.0144/A231.0450*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27786)

Für den Antrag der Mehrheit ... 129 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 66 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Pos. 704.A231.0202*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27787)

Für den Antrag der Mehrheit ... 122 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 73 Stimmen

(0 Enthaltungen)

*Pos. 704.A231.0210*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27788)

Für den Antrag der Mehrheit ... 126 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 68 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Pos. 704.A235.0101*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 23.041/27789)

Für den Antrag der Minderheit ... 114 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 79 Stimmen

(2 Enthaltungen)

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen*

*Le débat sur cet objet est interrompu*